

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands

**Serie C:
Streifzüge
durch die neuere
Geschichte**

13



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands	Seite
Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands	1
Was führte zur Gründung der KPD?	1
Die Geburt der Kommunistischen Partei Deutschlands	2
Die Stellung der KPD zur Nationalversammlung 1919	6
„Wir sind wieder bei Marx“	6
Das Programm – Grundstein der Partei neuen Typus	8
Die Führung der jungen Partei	11
Die historische Bedeutung der Gründung der KPD	11
Zeittafel	13
Literaturangaben	13
Fragen für die Diskussion des Lehrbriefes	14
Anmerkungen	14

Preis DM 1.-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Heddernheimer Landstr. 78a

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands

Ein halbes Jahrhundert lang zogen sich Mitglieder und Anhänger der KPD immer wieder den Haß des bürgerlichen Staates und seiner tragenden großkapitalistischen Klasse zu. Tausende ihrer Mitstreiter wurden im Verlauf ihrer Geschichte von der politischen Reaktion drangsaliert, arretiert und ermordet. Die KPD selbst wurde durch Verbote zwei Jahrzehnte in den Untergrund gedrängt – und trotzdem war sie nicht aus dem Leben unseres Volkes auszuschalten.

Wegweisend für die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands war vor allem ihr Gründungskongreß, der nunmehr vor mehr als fünfzig Jahren, vom 29. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, in Berlin stattfand. Dieses Ereignis, das unter dem unmittelbaren Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1) und im Feuer der Novemberrevolution 1918 2) erfolgte, ist ein wichtiger Einschnitt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und verdient auch heute noch unsere Aufmerksamkeit.

Was führte zur Gründung der KPD?

Der Verlauf der Novemberrevolution 1918 in Deutschland hatte gezeigt, daß der deutschen Arbeiterklasse eine revolutionäre, marxistische Partei fehlte, die konsequent die Interessen der Arbeiter und anderer werktätiger Schichten des Volkes vertrat und wahrnahm. 3) Die rechten sozialdemokratischen Führer wie Ebert, Scheidemann und Noske waren während der Novemberrevolution vollends dem deutschen Großkapital zur Seite getreten und vermochten dabei selbst große Teile der Arbeiterklasse irrezuführen, ja sie benutzten ihren Einfluß in der Arbeiterbewegung sogar dazu, um die Machtgrundlagen des Großkapitals zu retten. Die entscheidenden Führer in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) wiederum führten gegen diese Politik keinen entschiedenen Kampf.

Die USPD war infolge der zentristischen Positionen ihrer Führungsspitze nicht die Partei, die vermocht hatte, entschlossen für die Lebensinteressen des werktätigen Volkes zu ringen, obgleich es in ihren Reihen viele revolutionäre Kämpfer und nicht wenige hervorragende Führer gab.

Die deutschen Linken, die seit 1916 vor allem in der Spartakusgruppe und in der Gruppe „Internationale“ ihre politische Heimat gefunden hatten, hofften lange Zeit, die USPD auf revolutionäre Bahnen lenken zu können. Vor allem Leo Jogiches und Rosa Luxemburg waren der Meinung, durch eine offene Auseinandersetzung mit den Halbheiten in der Politik der USPD die Mehrheit der Mitglieder für die Ziele des Spartakusbundes zu gewinnen, die rechten Führer zu isolieren und die USPD auf diesem Wege in eine revolutionäre Partei umzuwandeln. Noch am 29. November 1918 schrieb Rosa Luxemburg in der „Roten Fahne“: „Das deutsche Proletariat braucht heute an seiner Spitze eine sozialistische Partei, die der großen Stunde gewachsen ist. Für eine Partei der Halbheit und Zweideutigkeit ist

in der Revolution kein Platz . . . Die schleunigste Einberufung des Parteitages, der Klärung und Entscheidung bringen wird, ist eine unabweisbare Forderung geworden!“ 4)

Die Erfahrungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der revolutionären Massenkämpfe in Deutschland jedoch ließen die deutschen Linken zu der Erkenntnis gelangen, daß die endgültige Trennung von der USPD und die Schaffung einer revolutionären marxistischen Partei zur vordringlichsten Aufgabe geworden war.

Am 14. Dezember 1918 wurde das von Rosa Luxemburg ausgearbeitete Programm des Spartakusbundes unter dem Titel „Was will der Spartakusbund?“ in der „Roten Fahne“ veröffentlicht. Dieses Dokument, das mit den Leitsätzen Karl Liebknechts vom 28. November 1918 für eine konsequente Weiterführung der Revolution übereinstimmte, gab eine marxistische Antwort darauf, wie die Arbeiterklasse zur Macht gelangen und sie zum Nutzen der arbeitenden Menschen handhaben muß. Es bildete das geistige und politische Gerüst für den Kampf der revolutionären Kräfte und war ein wichtiger Schritt zur Schaffung der marxistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse.

Die Außerordentliche Generalversammlung der USPD von Groß-Berlin, die am 15. Dezember 1918 stattfand, machte sichtbar, daß die USPD nicht von innen heraus in eine revolutionäre Partei umzuwandeln war. Besonders Karl Liebknecht trat nach dem konterrevolutionären Putsch der alten Generalität vom 6. Dezember 1918 und dem Ausgang des Reichsrätekongresses zugunsten der Mehrheitssozialisten für eine schnelle organisatorische Trennung von der USPD ein. Deshalb rief die Zentrale des Spartakusbundes für den 29. Dezember 1918 eine Reichskonferenz des Bundes nach Berlin ein.

Drei Hauptthemen standen auf dieser Konferenz zur Beratung: erstens die Krise in der USPD, zweitens das Programm des zu gründenden Bundes, drittens die Stellung zu den Wahlen zur Nationalversammlung. Die „Rote Fahne“ veröffentlichte in einem Beschluß (23. Dezember 1918) die wesentlichsten Punkte des politischen Programms.

Es fanden in den darauffolgenden Tagen in den Gruppen des Spartakusbundes in ganz Deutschland Versammlungen statt. Dort wurden die politischen und organisatorischen Hauptfragen erörtert und die Delegierten für die Reichskonferenz gewählt.

Die Geburt der Kommunistischen Partei Deutschlands

Am 29. Dezember 1918 versammelten sich im Festsaal des preußischen Abgeordnetenhauses in Berlin 83 Delegierte aus 46 Orten, drei Vertreter des Roten Soldatenbundes, ein Vertreter der revolutionären Jugend und 16 Gäste zur Reichskonferenz des Spartakusbundes. Die meisten Delegierten kamen aus den wichtigsten Industriegebieten Deutschlands. Die Konfe-

renz beriet zunächst in geschlossener Sitzung über die Trennung von der USPD und die Gründung einer eigenen Partei. Schon einen Tag danach, am 30. Dezember 1918, vormittags um 10.00 Uhr, konstituierten sich die Delegierten der Reichskonferenz als Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, der bis zum 1. Januar 1919 tagte. „Auf dem Gründungsparteitag herrschte große Begeisterung“, erinnerte sich Hermann Duncker. „Der ganze Parteitag stand noch unter dem Einfluß der Revolution. Wir freuten uns darüber, daß wir endlich die Partei schufen, die nun die Revolution weiterführen sollte.“ 5)

Zu Vorsitzenden des Parteitages wurden Wilhelm Pieck, Berlin, und Jacob Walcher, Stuttgart, gewählt.

Am Gründungsparteitag nahmen unter anderem folgende Delegierte teil: Karl Becker, Hermann Duncker, Käte Duncker, Hugo Eberlein, Paul Frölich, Fritz Globig, Georg Handke, Fritz Heckert, Leo Jogiches, Karl Klein, Paul Lange, Paul Levi, Max Levien, Eugen Levine, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Meyer, Karl Minster, Edwin Morgner, Wilhelm Pieck, Otto Rühle, Felix Schmidt, Karl Schulz, August Thalheimer, Jacob Walcher.

Der Gründungsparteitag behandelte folgende Tagesordnung:

- Die Krisis in der USPD (Referent Karl Liebknecht)
- Die Nationalversammlung (Referent Paul Levi)
- Unser Programm und die politische Situation (Referentin Rosa Luxemburg)
- Unsere Organisation (Referent Hugo Eberlein)
- Wirtschaftliche Kämpfe (Referent Paul Lange)
- Internationale Konferenz (Referent Hermann Duncker)

Ernst Meyer eröffnete den Parteitag und begrüßte im Namen der Zentrale die Delegierten und Gäste. In einem kurzen Rückblick würdigte er die Entwicklung und den Kampf der Spartakusbewegung seit Beginn des ersten Weltkrieges. An Franz Mehring und Clara Zetkin, „die treuen Berater und Vorkämpfer des Spartakusbundes von seiner Entstehung ab“, die wegen Erkrankung nicht am Parteitag teilnehmen konnten, wurden Begrüßungstelegramme gesandt.

Karl Liebknecht attackierte in seinem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung scharf die kleinbürgerliche zentristische Politik der Führung der USPD und begründete zugleich die Notwendigkeit, entschieden mit dieser Partei zu brechen. Er wies nach, daß die USPD „im Laufe der Zersetzung der alten Sozialdemokratie“ als ein „Gelegenheitsprodukt des Krieges“ entstanden war und „weder theoretische klare Grundsätze noch ein Aktionsprogramm“ besaß. Daraus ergab sich auch ihr Verhalten während der Revolution. Besonders seit Beginn der Revolution und dem Eintritt in die Regierung Ebert hatte sich die Prinzipienlosigkeit der USPD-Führung noch gesteigert. Karl Liebknecht charakterisierte diese Politik als „Hochverrat an der Revolution“. „Ein weiteres Verbleiben in der USPD“, erklärte er, „wäre Solidarisierung mit der Gegen-

revolution. Keine Solidarität ist mehr möglich mit Haase-Barth-Dittmann. Es muß sofort gehandelt werden. Es gilt heute, in aller Öffentlichkeit zu konstituieren, entschlossen und rücksichtslos, geschlossen und einheitlich im Geist und Willen, mit klarem Programm, Ziele und Mittel zusammengestimmt nach den Interessen der sozialistischen Weltrevolution.“ 6)

Der Gründungsparteitag stimmte den Ausführungen Karl Liebknechts ohne weitere Diskussion zu und faßte noch in der Vormittagssitzung des 30. Dezember 1918 mit einer Gegenstimme den historisch bedeutungsvollen Beschluß über die Gründung der revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse: „Unter Lösung seiner organisatorischen Beziehungen zur USPD konstituiert sich der Spartakusbund als selbständige politische Partei unter dem Namen: Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).“ 7)

Hermann Duncker, einer der Mitbegründer der Partei, schrieb später: „Die Grundlage für uns war das Kommunistische Manifest, und unsere Vorbilder waren die Bolschewiki. Sie hatten ihre Partei in Kommunistische Partei umbenannt, und daher hat dann auch Fritz Heckert. . . den Vorschlag gemacht, unsere Partei Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) zu nennen. Der Zusatz ‚Spartakusbund‘ sollte unterstreichen, daß der Spartakusbund die stärkste Wurzel der Partei war.“ 8) Aber auch noch andere Gruppen aus der Arbeiterbewegung fanden in der neu gegründeten KPD ihre politische Heimat. So schlossen sich zum Beispiel die linksradikalen Gruppen, die sich auf ihrer Reichskonferenz Mitte Dezember 1918 unter dem Namen „Internationale Kommunisten Deutschlands“ vereinigt hatten, der Kommunistischen Partei Deutschlands an. 9)

Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck verhandelten zum anderen auch mit Vertretern der revolutionären Obleute über deren Beitritt zur Kommunistischen Partei. Aber die Mehrheit der Obleute stand immer noch unter zentristischem Einfluß. Deshalb lehnten sie auch den sofortigen Beitritt ab. Viele revolutionäre Obleute traten allerdings später in die KPD ein.

Karl Radek begrüßte als Vertreter der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) und der jungen Sowjetrepublik den Gründungsparteitag. Er zeichnete in seiner Rede in mitreißenden Worten ein Bild von der gewaltigen revolutionären Umwälzung in Rußland und charakterisierte die internationale Bedeutung der Oktoberrevolution und der Revolution in Deutschland.

Der Parteitag selbst sandte ein Begrüßungstelegramm an die sozialistische Sowjetrepublik, in dem es hieß: „Die Reichskonferenz des Spartakusbundes, die heute die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet hat, sendet die aufrichtigsten Grüße der russischen Räterepublik, den russischen Mitkämpfern gegen den gemeinsamen Feind der Unterdrückten aller Länder. Das Bewußtsein, daß bei euch alle Herzen für uns schlagen, gibt uns in unserem Kampfe Kraft und Stärke. Es lebe der Sozialismus! Es lebe die Weltrevolution!“ 10)

Die Stellung der KPD zur Nationalversammlung 1919

Über die Stellung der Partei zur Nationalversammlung, über die im zweiten Punkt der Tagesordnung beraten wurde, kam es zu prinzipiellen Auseinandersetzungen. Im Auftrag der Zentrale begründete Paul Levi, daß die Partei sich an den für den 19. Januar 1919 ausgeschriebenen Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen müsse. Die meisten Delegierten wandten sich jedoch gegen jede Wahlbeteiligung. Otto Rühle sprach aus, was viele dachten, als er darlegte, daß die Beteiligung an den Wahlen die Arbeiter nur verwirre und von den dringenden Aufgaben, besonders der Stärkung der Arbeiter- und Soldatenräte, ablenke. Statt dessen solle der Kampf gegen die Nationalversammlung mit Massenstreiks und anderen Aktionen geführt werden. Gegen diese Auffassung wandten sich vor allem Käthe Duncker, Fritz Heckert, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Obwohl auch sie davon ausgingen, daß bald neue revolutionäre Kämpfe um die Macht bevorstünden, forderten sie, daß die Partei sich auch auf eine längere Periode der Revolutionierung der Massen einrichten und den Wahlkampf und die Tribüne der Nationalversammlung zur Aufrüttelung der Arbeiterklasse ausnutzen müsse.

Diese Argumente fanden aber bei der Mehrzahl der Delegierten kein Gehör. Als es zur Abstimmung kam, lehnte der Parteitag mit 62 gegen 23 Stimmen die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ab. Dieser Beschluß war angesichts der starken parlamentarisch-demokratischen Illusion unter den deutschen Arbeitern ein schwerwiegender Fehler. Ein Teilnehmer des Gründungsparteitages schrieb später: „Uns war damals der Parlamentarismus auf Grund des Verrats der Rechtssozialisten genauso verhaßt wie dem Stier das rote Tuch, hatten wir doch monatelang in unseren Versammlungen dagegen gesprochen und waren mit gebundenen Mandaten nach Berlin gefahren. Wir hatten von unseren Genossen der örtlichen Parteiorganisation den Auftrag erhalten, gegen die Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung zu stimmen.“ 11)

„Wir sind wieder bei Marx“

Den Höhepunkt des Parteitages bildeten die Beratung und der Beschluß über das Programm der Partei, das Rosa Luxemburg in ihrer bedeutungsvollen Rede „Unser Programm und die politische Situation“ begründete. Rosa Luxemburg ging dabei von den neuen geschichtlichen Bedingungen aus, die durch die Entwicklung des Kapitalismus und die Herausbildung des Imperialismus, die Ergebnisse des Weltkrieges, die Oktoberrevolution in Rußland und die Revolution in Deutschland entstanden waren. Diese Bedingungen erforderten, wie sie hervorhob, daß das „sozialistische Programm des Proletariats überhaupt auf eine neue Basis gestellt werden muß.“ 12)

An das „Manifest der Kommunistischen Partei“ anknüpfend, setzte sich Rosa Luxemburg entschieden mit den revisionistischen Entstellungen des Marxismus durch die Führer der SPD und die rechten USPD-Führer auseinander. Unter dem Beifall der Delegierten rief sie aus: „Nun, Parteigenos-

sen, heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können: Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner. Wenn wir heute in unserem Programm erklären, die unmittelbare Aufgabe des Proletariats ist keine andere, als . . . den Sozialismus zur Wahrheit und Tat zu machen und den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, so stellen wir uns auf den Boden, auf dem Marx und Engels 1848 standen und von dem sie prinzipiell nie abgewichen waren.“ 13)

Im zweiten Teil ihrer Rede entwickelte Rosa Luxemburg allgemeine taktische Richtlinien zur Verwirklichung der Ziele der Arbeiterklasse. Sie legte vor allem drei grundlegende Aufgaben dar, die von der KPD, „der einzigen revolutionären sozialistischen Partei des deutschen Proletariats“, gelöst werden müßten. Sie wies zunächst darauf hin, daß der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann und ihre Ersetzung durch eine „ausgesprochen sozialistisch-proletarisch-revolutionäre Regierung“ nicht unmittelbar auf der Tagesordnung stünde, weil „wir leider noch nicht soweit sind, um durch den Sturz der Regierung den Sieg des Sozialismus zu sichern“. Die nächstliegende Aufgabe sei, die Regierung durch einen „sozialen, revolutionären Massenkampf des Proletariats auf Schritt und Tritt“ zu unterminieren. Große Bedeutung in diesem Ringen maß Rosa Luxemburg den Kämpfen der Arbeiterklasse um demokratische Mitbestimmung in den Betrieben bei, die mit aller Kraft gefördert werden sollten.

Als eine der größten Schwächen der Revolution bezeichnete Rosa Luxemburg die Tatsache, daß sie im wesentlichen nur die Städte erfaßt hatte, während das flache Land von ihr fast unberührt geblieben war. „Es wäre ein Wahn, den Sozialismus ohne Landwirtschaft zu verwirklichen“, erklärte sie. „Wenn wir Ernst machen wollen mit einer sozialistischen Umgestaltung, müssen sie ihr Augenmerk ebenso auf das flache Land richten wie auf die Industriezentren, und hier sind wir leider noch nicht einmal beim Anfang des Anfangs.“ Rosa Luxemburg forderte, die Landarbeiter und Kleinbauern in das Räte-system einzubeziehen. Dessen ungeachtet gab es in den Fragen der Bündnispolitik mit den anderen Schichten der Bauernschaft damals noch große Unklarheiten, die sich auch im Programm niederschlugen.

Als Hauptaufgabe bezeichnete Rosa Luxemburg, „das System der Arbeiter- und Soldatenräte, in der Hauptsache das System der Arbeiterräte. . .“ auszubauen, „indem wir überall die öffentliche Macht, Gesetzgebung und Verwaltung nicht mehr trennen, sondern vereinigen, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte bringen.“ Es käme darauf an, „in jedem Staat, in jeder Stadt, in jedem Dorf, in jeder Gemeinde“ zu kämpfen, „um alle Machtmittel des Staates, die der Bourgeoisie Stück um Stück entrisen werden müssen, den Arbeiter- und Soldatenräten zu übertragen.“ 14)

Am Schluß ihrer Rede rief Rosa Luxemburg den Delegierten zu: „Ich glaube, es ist gesund für uns, wenn wir uns mit voller Klarheit alle Schwierigkeiten und Komplikationen dieser Revolution vor Augen führen. . . je größer die Aufgabe, um so mehr werden wir alle Kräfte zusammenfassen; und wir vergessen nicht: Die Revolution versteht, ihre Werke mit ungeheurer Geschwindigkeit zu vollziehen.

Ich übernehme es nicht zu prophezeien, wieviel Zeit dieser Prozeß braucht. Wer rechnet von uns, wen kümmert das, wenn nur unser Leben dazu ausreicht, es dahin zu bringen.“ 15)

Mittelpunkt der sich anschließenden Diskussion zur Rede Rosa Luxemburgs und zum Programm bildeten vor allem Probleme der Umgestaltung auf dem Lande, der Schulreform und der Anwendung der revolutionären Gewalt.

Der Parteitag nahm eine Protestresolution gegen das „Vorgehen der deutschen Regierung im Osten“ an, in der das „Zusammengehen deutscher Truppen mit denen baltischer Barone und englischer Imperialisten“ als ein „niederträchtiger Verrat an den russischen Proletariern und an der russischen Revolution“ gebrandmarkt wurde. Karl Liebknecht rief dazu auf, „die Solidarität mit unseren russischen Brüdern angesichts der neuesten Schandtats der Ebert-Scheidemann-Regierung dadurch praktisch“ zu bestätigen, „daß wir die Proletarier im Waffenrock auffordern, die schändliche Zumutung abzulehnen und sich offen gegen ihre Führer zu wenden.“ 16)

Das Programm – Grundstein der Partei neuen Typus

Die Worte Rosa Luxemburgs „Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner“ trafen vollgültig auf das vom Gründungsparteitag angenommene Programm der KPD zu. In diesem Programm knüpfte die Partei an das „Manifest der Kommunistischen Partei“ von 1848, an das Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1891 an. In diesem Programm wurde die marxistisch-leninistische Lehre auf die neue weltgeschichtliche Situation angewandt, die mit der Oktoberrevolution 1917 in Rußland begonnen hatte.

Das Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands gehört deshalb zu den bedeutendsten Dokumenten der deutschen Arbeiterbewegung. Darin wurden die Lehren aus der deutschen Geschichte seit Beginn unseres Jahrhunderts, aus Weltkrieg und Oktoberrevolution gezogen und die Notwendigkeit begründet, den deutschen Imperialismus und Militarismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten. **Das Programm ging aus von der Erkenntnis, daß Deutschland als imperialistischer Staat keinerlei Perspektive hatte und daß nur die Arbeiterklasse einen Ausweg aus der Katastrophe zeigen konnte.** „Nur die Weltrevolution des Proletariats kann in dieses Chaos Ordnung bringen, kann allen Brot und Arbeit verschaffen, kann der gegenseitigen Zerfleischung der Völker ein Ende machen, kann der geschundenen Menschheit Frieden, Freiheit, wahre Kultur bringen.“ 17)

Die KPD stellte den von den rechten Führern der SPD und der USPD verbreiteten reformistischen Theorien vom „demokratischen Sozialismus“ die marxistische Auffassung vom Sozialismus entgegen. Das Programm kennzeichnete als Ziel des politischen Kampfes der Arbeiterklasse eine Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsmittel in Gemeineigentum überführt, die Lohnarbeit durch die genossenschaftliche Arbeit ersetzt und

die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt werden. In der Verwirklichung dieses Zieles sah die KPD die Voraussetzung für eine wahrhaft demokratische, freiheitliche und menschliche Ordnung, in der die Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse im Interesse aller Mitglieder geregelt und jedem Arbeitenden ein menschenwürdiges Leben gesichert ist.

Das Programm behandelte ausführlich die geschichtliche Rolle der Arbeiterklasse und der Volksmassen bei der „Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung“, der „gewaltigsten Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist. Diese Aufgabe erfordert einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft.“ Im Gegensatz zu den rechten Führern der SPD und der USPD, die in demagogischer Weise die Erwartungen der Werktätigen auf die Sozialisierungskommission und die Nationalversammlung ablenkten, erklärte das Programm, daß die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft „nur von der Volksmasse selbst in Angriff genommen und durchgeführt werden“ kann. Weiter wurde dargelegt, daß das Wesen der sozialistischen Gesellschaft gerade darin besteht, „daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt.“ 18) Dazu müßten „von der obersten Spitze des Staates bis zur kleinsten Gemeinde“ die Organe der kapitalistischen Klassenherrschaft beseitigt und „durch eigene Klassenorgane, die Arbeiter- und Soldatenräte, ersetzt“ werden, deren Tätigkeit allein „den Staat mit sozialistischem Geiste erfüllen“ kann.

Die KPD grenzte sich in ihrem Programm scharf von den revisionistischen Theorien des „dritten Weges“, des „friedlichen Hineinwachsens“ in den Sozialismus ab und erklärte: „Es ist ein toller Wahn zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Ruhdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen. . . sie haben alle Ströme von Blut vergossen, sie sind über Leichen, Mord und Brand geschritten, sie haben Bürgerkrieg und Landesverrat angestiftet, um ihre Vorrechte und ihre Macht zu verteidigen.“ 19) Um den Widerstand der Ausbeuterklassen zu brechen, müsse sich die Arbeiterklasse in der proletarischen Revolution „das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen.

Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgabe der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie.“ 20) Um diese programmatischen Forderungen verwirklichen zu können, wurden im zweiten Teil des Programms Maßnahmen und Aufgaben für die Sicherung und Weiterführung der Revolution aufgestellt. Als sofortige Maßnahmen waren unter anderen vorgesehen:

Entwaffnung der Polizei, der Offiziere sowie aller Angehörigen der herrschenden Klasse; Bewaffnung des Proletariats und Bildung einer Arbeitermiliz und einer Roten Garde; Aufhebung der Kommandogewalt der Offi-

ziere und Unteroffiziere; Ersetzung aller politischen Organe und Behörden des früheren Regimes durch Vertrauensmänner der Arbeiter- und Soldatenräte; Einsetzung eines Revolutionstribunals zur Aburteilung der Hauptschuldigen am Kriege und aller Verschwörer der Gegenrevolution; Beschlagnahme aller Lebensmittel zur Sicherung der Volksernährung.

Die wichtigsten politischen und sozialen Forderungen waren:

Abschaffung aller Einzelstaaten und Errichtung einer einheitlichen deutschen sozialistischen Republik; Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch Arbeiter- und Soldatenräte; Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Deutschland und Wahlen von Delegierten für den Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der den Vollzugsrat als oberstes Organ der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zu wählen hat; völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter; umfassende soziale Gesetzgebung, Verkürzung der Arbeitszeit, sofortige gründliche Umgestaltung des Ernährungs-, Wohnungs- und Erziehungswesens.

Die vordringlichsten wirtschaftlichen Forderungen waren:

Einziehung aller Vermögen und Einkünfte der Herrscherhäuser; Annullierung der Staats- und anderer öffentlicher Schulden; Enteignung aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe, der Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel; Verstaatlichung des gesamten öffentlichen Verkehrswesens; Wahl von Betriebsräten in allen Betrieben, die in Zusammenarbeit mit den Arbeiterräten die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen haben; Einsetzung einer zentralen Streikkommission zur einheitlichen Leitung der Streikbewegung im ganzen Lande.

Auf internationalem Gebiet wurde gefordert:

sofort die Verbindung mit den Bruderparteien des Auslands aufzunehmen, „um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern.“ 21)

Diese sofort in Angriff zu nehmenden Aufgaben orientierten die revolutionären Kräfte der deutschen Arbeiterklasse im wesentlichen richtig auf die Aktivierung, die Stärkung und den Ausbau der Arbeiter- und Soldatenräte, auf die Entwaffnung der konterrevolutionären Kräfte und die Bewaffnung der Arbeiter, auf die Säuberung des Staatsapparates und auf die Bestrafung der Schuldigen am Kriege sowie auf die Entmachtung der Monopolherren und Junker. Als schädlich erwies sich jedoch die Forderung, nicht nur die Großgrundbesitzer, sondern auch die landwirtschaftlichen Mittelbetriebe zu enteignen und sofort „sozialistische Landwirtschaftliche Genossenschaften unter einheitlicher zentraler Leitung“ zu bilden. Diese Forderung entsprach nicht den realen Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland und erschwerte es, die Massen der werktätigen Bauern, die für eine Bodenreform waren, für den gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse zu gewinnen. Die weitere Entwicklung zeigte, daß die jahrzehntelange Un-

terschätzung der Bedeutung des Bündnisses mit der werktätigen Bauernschaft in der deutschen Arbeiterbewegung auch von der KPD erst allmählich überwunden werden konnte.

Die Führung der jungen Partei

Der Parteitag einigte sich nach längerer Diskussion, die im November 1918 gebildete Zentrale des Spartakusbundes unverändert bestehen zu lassen und sie lediglich durch Paul Frölich von den sich der KPD anschließenden Internationalen Kommunisten Deutschlands zu ergänzen. **Die Zentrale der KPD bestand demnach aus folgenden zwölf Mitgliedern:**

Hermann Duncker, Käte Duncker, Hugo Eberlein, Paul Frölich, Leo Jogiches, Paul Lange, Paul Levi, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck und August Thalheimer.

Der feige, hinterhältige Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 fügte der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung einen schweren Verlust zu. Die deutsche Arbeiterklasse und ihre revolutionäre, gerade erst geschaffene Partei, verloren in Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ihre hervorragendsten und erfahrensten Führer.

Die historische Bedeutung der Gründung der KPD

Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands war das Ergebnis der Entwicklung in der deutschen Arbeiterbewegung. Sie bestätigte die Richtigkeit der Lehre W.I. Lenins, daß in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus die Entstehung marxistisch-leninistischer Parteien, Parteien neuen Typus, in allen Ländern eine objektive Aufgabe ist.

Nachdem durch den Sieg des Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg die deutsche Arbeiterklasse gespalten worden war, sammelten sich die besten Kräfte im Kampf gegen die verhängnisvolle politische Entwicklung und schufen auf dem Höhepunkt des Ringens um die nationalen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes, in der Novemberrevolution, die Kommunistische Partei Deutschlands. Deshalb war die Gründung der KPD ein Wendepunkt nicht nur in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sondern des ganzen deutschen Volkes. Mit ihr entstand ein entscheidender Faktor in der Auseinandersetzung mit dem deutschen Großkapital im Ringen um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt.

Die Gründung der KPD zeugte von dem starken Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Lehren des Begründers der Partei der Bolschewiki und des Sowjetstaates, W.I. Lenin, auf die deutsche Arbeiterbewegung. Die KPD bekannte sich von ihrer Gründung an zum Sowjetstaat als dem Hauptverbündeten der deutschen Werktätigen in ihrem Kampf um nationale und soziale Befreiung sowie zur brüderlichen Zusammenarbeit mit der Partei Lenins.

Die KPD bekannte sich in ihrem Gründungsprogramm zu der marxistischen Erkenntnis, daß die Machtfrage die entscheidende Frage in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus ist. Mit der KPD war in Deutschland wieder eine Partei entstanden, die sich auf den Boden der Marx'schen Lehre von der Diktatur des Proletariats stellte und danach handelte.

Es entsprach dem Lauf der Geschichte, daß die KPD bei ihrer Gründung und in den ersten Jahren ihres Bestehens noch nicht alle Fragen des Kampfes um die Gewinnung der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten richtig beantworten konnte. Unter den Bedingungen schärfster Klassenauseinandersetzungen in der Weimarer Republik lernte die KPD, sich den Marxismus-Leninismus anzueignen und ihn anzuwenden. Dabei sammelte sie Erfahrungen, die sie befähigten, stets eine den Interessen des werktätigen Volkes und der ganzen Nation dienende Politik zu betreiben.

Mit der Gründung der KPD wurde der Prozeß der Loslösung der Arbeiterklasse vom Einfluß der bürgerlichen Ideologie, des Opportunismus, eingeleitet. Die antikommunistisch orientierten Historiker versuchen bis auf den heutigen Tag, die Gründung der KPD als Ursache und Ausdruck der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung hinzustellen. Die Wahrheit aber ist, daß die – im 19. Jahrhundert unter dem Banner des Marxismus entstandene – deutsche Arbeiterbewegung lange zuvor vom deutschen Imperialismus mit Hilfe des Opportunismus rechter SPD-Führer gespalten worden war. Mit der Konstituierung der KPD als selbständige, von jeglichem bürgerlichen Einfluß freie Partei, wurde vielmehr eine entscheidende Voraussetzung für die Wiederherstellung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse auf revolutionärer, marxistisch-leninistischer Grundlage geschaffen.

Die Gründung der KPD war auch ein wichtiges Ereignis in der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung. Sie war die erste Partei, die nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in einem hochentwickelten imperialistischen Land entstanden war, in einem Land, das nach dem Sieg der Arbeiter und Bauern in Rußland zum Brennpunkt der internationalen Klassenauseinandersetzung geworden war. Es ist deshalb kein Zufall, daß von der Gründung der KPD starke Impulse auf die revolutionäre Arbeiterbewegung in anderen kapitalistischen Staaten ausgingen und daß sie die Herausbildung weiterer kommunistischer Parteien beschleunigte. Die Gründung der KPD erleichterte den nach dem Zusammenbruch der II. Internationale notwendig gewordenen internationalen Zusammenschluß der Kommunisten. Mit Hochachtung schrieb W.I. Lenin in seinem „Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas“: „Als der deutsche ‚Spartakusbund‘ . . . den Namen ‚Kommunistische Partei Deutschlands‘ annahm, da war die Gründung einer wahrhaft proletarischen, wahrhaft internationalistischen, wahrhaft revolutionären III. Internationale der Kommunistischen Internationale, Tatsache geworden. 22)

Zeittafel

2. Dez. 1914	Entlarvung des imperialistischen Charakters des Krieges und Ablehnung der Kriegskredite durch Karl Liebknecht im Reichstag
1915	Bildung der Gruppe „Internationale“
1. Jan. 1916	Erste Reichskonferenz der Gruppe „Internationale“ und Annahme der Leitsätze über die Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie
1916	Herausbildung der „Spartakusgruppe“
1917	Bekanntnis der Spartakusgruppe zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution
7. Okt. 1918	Reichskonferenz der Spartakusgruppe mit Vertretern der Linksradikalen in Berlin
9. Nov. 1918	Erscheinen der ersten Nummer der Zeitung „Die rote Fahne“ in Berlin
11. Nov. 1918	Gründung des „Spartakusbundes“ in Berlin und Bildung eines Zentralsekretariats des Bundes
23. Nov. 1918	Die Linksradikalen Bremens geben sich den Namen „Internationale Kommunisten Deutschlands“, Gruppe Bremen
14. Dez. 1918	Veröffentlichung des von Rosa Luxemburg ausgearbeiteten Programms des Spartakusbundes in der „Roten Fahne“
15.–17. Dez. 1918	Die 1. Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands erklärt als Ziel des Kampfes die unmittelbare Herbeiführung des Kommunismus, der über die Diktatur des Proletariats vorbereitet werden soll
24. Dez. 1918	Die 2. Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten Deutschlands in Berlin beschließt die Vereinigung mit dem Spartakusbund und spricht sich für die Gründung einer Kommunistischen Partei aus
30. Dez. 1918/ 1. Jan. 1919	Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im Festsaal des preußischen Abgeordnetenhauses in Berlin

Literaturangaben:

- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, Berlin 1966
- Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland, Berlin 1948
- Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 o.O., o.J.
- Vorwärts und nicht vergessen, Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer an der Novemberrevolution 1918/1919, Berlin 1958
- Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II: 1914–1945, Band 2: November 1917 – Dezember 1917, Berlin 1957
- J.S. Drabkin: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin 1968

Fragen für die Diskussion des Lehrbriefes:

1. Wodurch wurde die Gründung einer neuen, revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse notwendig?
2. Wie vollzog sich in den Jahren 1914 bis 1918 die Formierung der linken Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung?
3. Inwiefern ist die Gründung der KPD das gesetzmäßige Ergebnis der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung?
4. Wie ist das vom Gründungsparteitag der KPD beschlossene Programm einzuschätzen?
5. Welche geschichtliche Bedeutung hat die Gründung der KPD für die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus auf deutschem Boden?

Anmerkungen

- 1) Vgl. Marxistischer Lehrbrief, Roter Oktober 1917, Serie C, Nr. 8
- 2) Vgl. Marxistischer Lehrbrief, Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Serie C, Nr. 9
- 3) Vgl. Ebenda
- 4) Die Rote Fahne (Berlin), 29. November 1918
- 5) Hermann Duncker: Ein Geleitwort zum 9. November 1918. In: Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution (1914–1920), Berlin 1958, S. 24
- 6) Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919, o.O., o.J., S. 6
- 7) Ebenda, S. 8
- 8) Hermann Duncker, a.a.O., S. 23
- 9) Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, 1914–1945, Band 2, November 1917, Dezember 1918, Berlin 1957, S. 690
- 10) Bericht über den Gründungsparteitag der KPD, S. 8
- 11) Bruno Müller: Als Delegierter auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands. In: Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919, Berlin 1958, S. 228
- 12) Bericht über den Gründungsparteitag der KPD, S. 19
- 13) Ebenda, S. 24/25
- 14) Ebenda, S. 40
- 15) Ebenda, S. 42
- 16) Ebenda, S. 42
- 17) Ebenda, S. 50
- 18) Ebenda, S. 51
- 19) Ebenda, S. 52
- 20) Ebenda, S. 53 (Hervorhebung im Zitat vom Verf.)
- 21) Ebenda, S. 55
- 22) W.I. Lenin: Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas in: Werke, Band 28, S. 442

Zum 150. Geburtstag von F. Engels

Engels und die ökonomische Lehre des Marxismus

Von L. A. Leontjew

Etwa 440 S., Ganzleinen, etwa 14,- DM

Das Buch enthält eine historisch-ökonomische Darstellung der Tätigkeit und der Arbeiten von Engels. Es verfolgt an Hand der Entwicklung zahlreicher Kategorien der marxistischen Ökonomie den komplizierten Gang der Erkenntnis der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und vermittelt den Eindruck von dem Umfang entsagungsvoller und harter wissenschaftlicher Arbeit von Marx und Engels. Es ist ein wertvolles Hilfsmittel zum Studium der marxistischen politischen Ökonomie und ergänzt die Marx-Engels-Forschung. Der Leser erhält durch den guten und flüssigen Stil sowie zahlreiche persönliche Daten aus dem Leben von Engels ein abgerundetes Bild des großen Sozialisten und Forschers.



Akademie-Verlag Berlin

108 Berlin · Leipziger Straße 3-4
Deutsche Demokratische Republik

Marxistische Blätter

Die „Marxistischen Blätter“ sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleifstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1970:

Heft 1 Neofaschismus und Rechtsentwicklung in der BRD

Heft 2 Probleme der Prognose und Futurologie

Heft 3 Eigentumsverhältnisse und Vermögensbildung

Heft 4 Die Sozialdemokratie im Spätkapitalismus

Heft 5 Friedrich Engels / Zu ökonomischen Problemen in der BRD

Heft 6 Weltstrategie des Imperialismus – antiimperialistischer Kampf

Themen des Jahrgangs 1971:

Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus

Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit



**VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11**

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf I.
Was lehrt der Marxismus über den Staat?
Die Entstehung des Kapitalismus
Der utopische Sozialismus
Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
Der wissenschaftliche Sozialismus

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
Gibt es noch Kapitalismus in der BRD?
Automation – Freund oder Feind?
Die Wirtschaft in der DDR
Die Industrie der Sowjetunion
Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
Das neue ökonomische System der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Reformation und Bauernkrieg (1517 – 1525)
Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert
Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
Wie die deutsche Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848
Die Pariser Kommune 1871
Die deutsche Arbeiterbewegung 1849 – 1863
Roter Oktober 1917
Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
Der Untergang der Weimarer Republik
Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Friedrich Engels, Leben und Werk

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in
Deutschland (1945 – 1949)
Von Potsdam nach Bonn – wie Deutschland gespalten wurde (1945 – 1949)
Die Bundesrepublik auf dem Wege zur Militarisierung (1949 – 1955)
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Die Grundfrage der Philosophie
Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
Freiheit in marxistischer Sicht I – Freiheit im Kapitalismus
Freiheit in marxistischer Sicht II – Freiheit im Sozialismus
Einführung in die marxistische Dialektik I – III

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Reihe: Sozialistische Klassiker

- K. Marx:** Kritik des Gothaer Programms
F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie
F. Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
F. Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
W.I. Lenin: Staat und Revolution
W.I. Lenin: Marx / Engels / Marxismus
W.I. Lenin: Was tun?
W.I. Lenin/
K.Liebke: Militarismus – Antimilitarismus

Reihe: Marxismus aktuell

- H. Schäfer:** Lohn, Preis und Profit heute
W. Schellenberg: Wie lese ich das Kapital?
F. Schuster: Die September-Streiks. Auf den Arbeiter kommt es an!
Autorenkollektiv: Lenin und die Arbeiterbewegung heute
F. Krause: Arbeitereinheit rettet die Republik (Kapp-Putsch 1920)
Autorenkollektiv: Spätkapitalismus ohne Perspektive
Heiseler/
Schleifstein: Lenin über Trotzki
L. Salini: Frankreichs Arbeiter – Mai 1968
Heiseler/Schleifstein/Die „Frankfurter Schule“ im Lichte des
Steigerwald: Marxismus
W. Hollitscher: Aggression im Menschenbild
M. Conforth: Marxistische Wissenschaft – Antimarxistisches Dogma
H. Adamo: Antileninismus in der BRD
Autorenkollektiv: Leninismus und die Gegenwart
Scheringer/Sprenger: Arbeiter und Bauern gegen Bosse und Banken
Bartel u.a.: Revolutionäre Sozialdemokratie und Reichsgründung 1871
F. Krause: Antimilitaristische Opposition in der BRD (1949-55)



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11